



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2017

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2017 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 2. November 2016

Einleitung	3
Bundeskanzlei.....	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten	6
Departement des Innern	10
Justiz- und Polizeidepartement.....	14
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	17
Finanzdepartement	19
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	23
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	27

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1422-4518
Art.-Nr. 104.614.d

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislativplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente berücksichtigt nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr. Für die Festlegung ihrer eigenen Ziele sind die Departemente selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu konkretisieren oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung der Ziele spiegelt sich auch in der Form ihrer Präsentation im vorliegenden Dokument wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2017 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2017 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2018 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2017 – Band I

Bundeskanzlei

Ziel 1: Wirksame Unterstützung des Bundesrates und der Departemente

- ▶ Für die Vorbereitung und Unterstützung der Bundesratssitzungen werden Geschäfte, die sich dafür eignen, in der Generalsekretärenkonferenz (GSK) vorbesprochen, unter anderem auch zur Klärung von Differenzen oder zur Erarbeitung von Beschlussvarianten.
- ▶ Die Bundeskanzlei bietet den Departementen Beratung in fachlichen und formalen Fragen sowie in Verfahrens- und Controllingfragen an; sie wird als kompetente Lösungsvermittlerin wahrgenommen.

Ziel 2: Optimierung von Organisation und Abläufen

- ▶ Die Bundeskanzlei überprüft ihre Organisationsstruktur im Hinblick auf einen reibungslosen Ablauf der Geschäfte und auf die Nutzung möglicher Synergien und setzt allfällige Optimierungsmassnahmen bis Ende des 2. Quartals 2017 um.
- ▶ Die Bundeskanzlei prüft gemeinsam mit den zuständigen Stellen in den Departementen den Einsatz einer einheitlichen Übersetzungssoftware für alle Übersetzungsdienste der Bundesverwaltung und nimmt gegebenenfalls ab Ende des 3. Quartals 2017 an den Vorbereitungsarbeiten einer entsprechenden WTO-Ausschreibung teil.

Ziel 3: Termin- und inhaltsgerechte Führung wichtiger Projekte

- ▶ Das Konzept zur neuen Gestaltung der Abstimmungserläuterungen ist bis Ende 2017 genehmigt.
- ▶ Das Nachfolgeprodukt der «Perspektiven 2030» ist konzipiert (Bericht mit Beiträgen namhafter Expertinnen und Experten), und die Umsetzung hat Ende des 3. Quartals 2017 begonnen.
- ▶ Das Projekt KAV-Modernisierung ist bis Ende des 3. Quartals 2017 zu 40 Prozent umgesetzt, und die Benutzergruppen in den Departementen und Parlamentsdiensten kennen den Mehrwert des neuen Systems.
- ▶ Die Bundeskanzlei und die Schweizerische Staatsschreiberkonferenz einigen sich für Vote électronique auf ein neues Planungsinstrument mit dem Ziel, die flächendeckende Einführung der vollständig verifizierbaren elektronischen Stimmabgabe zu beschleunigen.
- ▶ Der Bundesrat genehmigt Regulierungsvorschläge für Vote électronique im Bereich der Transparenz (Offenlegung Quellcodes).
- ▶ Mehr Kantone als im Vorjahr führen Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe durch.
- ▶ Die Bundeskanzlei ist Ende 2017 mit ihrem neuen Webauftritt im Intranet und Internet präsent.

- ▶ Das Programm «Realisierung und Einführung GEVER Bund» hat die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der GEVER-Lösung erledigt, und in den Departementen sind die organisatorischen Vorarbeiten der Verwaltungseinheiten abgeschlossen.
- ▶ Die Strategische Führungsübung SFU 2017 ist durchgeführt.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Stärkung und Vertiefung unserer Beziehungen zur EU und Ausbau enger Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der EU/EFTA mit besonderem Augenmerk auf den Beziehungen zu unseren Nachbarländern

- ▶ Die Botschaft über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU ist verabschiedet.*
- ▶ Ein Grundsatzentscheid über die Erneuerung des Beitrags der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU ist gefällt, und eine Botschaft ist verabschiedet.*
- ▶ Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU werden umgesetzt, aktualisiert und fallweise weiterentwickelt.*
- ▶ Der Bundesrat berücksichtigt bei seinen Entscheiden die Entwicklung der Gespräche über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, namentlich um die Kontinuität der Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich sicherzustellen.*
- ▶ Ein Grundsatzentscheid betreffend Aufnahme von Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen zur Beteiligung der Schweiz an den Friedensbemühungen der EU ist gefallen.*
- ▶ Mit den Regierungen der Mitgliedstaaten der EU, insbesondere mit denjenigen der Nachbarstaaten, und mit den Behörden der Nachbarregionen fanden enge und regelmässige Kontakte statt.
- ▶ Der Bericht über den heutigen Stand der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union (in Erfüllung des Postulats Aeschi 13.3151) und der Bericht über die wirtschaftlichen Vorteile dank Schengen-Partnerschaft (in Erfüllung des Postulats der Sozialdemokratischen Fraktion 15.3896) sind verabschiedet.*

Ziel 2: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für Frieden und Sicherheit und liefert entscheidende Impulse für eine gerechte und dauerhafte internationale Ordnung

Menschenrechte

- ▶ Der Bundesrat verabschiedet den 3. nationalen Bericht der Schweiz im Rahmen des dritten Zyklus der allgemeinen regelmässigen Überprüfung (UPR) des Menschenrechtsrats.*
- ▶ Der Bundesrat schickt eine Vorlage zur gesetzlichen Grundlage für die Einrichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution in die Vernehmlassung.*
- ▶ Das EDA bringt im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe im Menschenrechtsrat eine Resolution zu den menschenrechtlichen Auswirkungen der Todesstrafe ein.
- ▶ Der Bericht «Goldhandel und Verletzung der Menschenrechte» (in Erfüllung des Po. Recordon 15.3877) ist verabschiedet.*

Friedensförderung

- ▶ Die Schweiz festigt ihre Rolle und ihren Beitrag als kompetente und unparteiische Akteurin der Friedensförderung, namentlich in der Region der Grossen Seen (Afrika), in der Ukraine sowie im Nahen und Mittleren Osten.
- ▶ Das EDA organisiert im Rahmen der Friedensförderung in Syrien und zur Unterstützung des formellen Friedensprozesses der UNO verschiedene Fazilitations- und Mediationstreffen.
- ▶ Im Rahmen der Ukraine Krise sekundiert die Schweiz Experten an den Minsker Prozess der OSZE, an die OSZE-Beobachtungsmission in der Ukraine (SMM) sowie an die OSZE-Grenzbeobachtungsmission in Russland.
- ▶ Die Schweiz hat ihre Mediationsaktivitäten gestärkt und zur Schaffung eines MAS in Friedensmediation in der Schweiz beigetragen.
- ▶ Das EDA ergreift Massnahmen zur Umsetzung des Aussenpolitischen Aktionsplans der Schweiz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus.
- ▶ Das EDA engagiert sich für die Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit und setzt im Rahmen der interdepartementalen Koordination die strategischen Prioritäten für 2017–2020.
- ▶ Das EDA koordiniert die Ausarbeitung der interdepartementalen Strategie des Bundes 2017–2020 zur internationalen Bekämpfung des unerlaubten Handels mit und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen.

Internationale Migrationspolitik

- ▶ Die Schweiz setzt sich für die Stärkung der globalen Flüchtlings- und Migrations-aussenpolitik sowie gegen den Menschenhandel ein. In enger interdepartementaler Zusammenarbeit erarbeitet das EDA eine schweizerische Politik gegenüber Zwangsvertreibung.
- ▶ Eine neue Strategie des Bundes für den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten liegt vor.

Ziel 3: Fortsetzung und Anpassung des Engagements der Schweiz zugunsten der Stabilität in Europa, in Grenzregionen zu Europa («entferntere Nachbarschaft») und in der übrigen Welt

- ▶ Der Bundesrat setzt das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas auf den 1. Juni 2017 in Kraft.*
- ▶ Der Bundesrat beschliesst Kernbeiträge an multilaterale Organisationen für die Jahre 2017–2020, namentlich an das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF) und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sowie an die Agentur für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA). Er befindet auch über die Wiederauffüllung der konzessionellen Fenster der Weltbankgruppe (WBG), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) und der Asiatischen Entwicklungsbank (AsDB) sowie über Beiträge an die multilateralen Entschuldungsinitiativen der WBG und der AfDB. Der Bundesrat beschliesst zudem den Beitrag der Schweiz an das Sitzbudget des IKRK.*

- ▶ Der Bundesrat setzt die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 mit den vom Parlament beschlossenen Schwerpunkten um.
- ▶ Die Schweiz übernimmt die Präsidentschaft des Advisory Committeees von UNRWA sowie der Donor Support Group von UNOCHA (ODSG).
- ▶ Die neuen Kooperationsstrategien für die Länder Südsudan, Myanmar, Nepal und die Regionalstrategie Horn von Afrika sind verabschiedet.

Ziel 4: Engagement für eine bessere globale Gouvernanz und Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen

- ▶ Die in der Strategie zur Stärkung der Gaststaatspolitik enthaltenen Massnahmen (Entwicklung von Plattformen, Universalität der ständigen Missionen in Genf usw.) werden kontinuierlich umgesetzt und weiter entwickelt.
- ▶ Die Schweiz führt ihre Initiativen hinsichtlich der Reform der UNO (UNO-Friedensarchitektur im Allgemeinen, Arbeitsweise des Sicherheitsrats, Modernisierung der Verwaltung der UNO) weiter.
- ▶ Als Vorsitzende der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) organisiert die Schweiz zwei Plenarsitzungen, eine in Genf und eine in Bern, und stärkt das Engagement der Organisation in den Bereichen Jugend, Bildung und soziale Medien.

Ziel 5: Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern

- ▶ Der vierte Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten wurde verabschiedet.*

Ziel 6: Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam

- ▶ Die Schweiz unterstützt die Entwicklung von Empfehlungen für die Kommunikation gegen gewaltextremistische Narrative und den Umgang mit illegalen gewaltextremistischen Inhalten im Internet und in den sozialen Medien.

Ziel 7: Die Schweiz engagiert sich unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Neutralität aktiv für die internationale Stabilität

- ▶ Die Schweiz organisiert 2017 eine internationale Konferenz zur Schaffung internationaler Standards für eine effiziente Rückführung gestohlener Gelder, deren Resultate sie an der Vertragsstaatenkonferenz zur UN-Konvention gegen Korruption 2017 in Wien präsentiert.
- ▶ Die Schweiz setzt sich für die Stärkung der Einhaltung des Humanitären Völkerrechts ein, namentlich indem sie die Verhandlungen zur Schaffung eines Staatenforums für das Humanitäre Völkerrecht in Umsetzung des Mandats der 32. Internationalen Konferenz vom Roten Kreuz und Roten Halbmond fördert.

- ▶ Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass Staaten bei der Terrorismusbekämpfung das Völkerrecht respektieren sowie humanitäre Organisationen weiterhin unparteiische humanitäre Hilfe und Schutz erbringen können.
- ▶ Die Schweiz trägt zu einem besseren Verständnis der Auswirkungen moderner Technologien auf die Einhaltung des Völkerrechts bei, namentlich der UNO-Charta, des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, und formuliert in den relevanten Foren Vorschläge zu deren völkerrechtlichen Einordnung.
- ▶ Der Bundesrat verabschiedet den Bericht über die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Schweiz 2017.*
- ▶ Der Bundesrat nimmt den Bericht über die Umsetzung des Bundesgesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen zur Kenntnis.*
- ▶ Die Schweiz nimmt Einsitz im Exekutivrat der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) und tritt für eine Stärkung des Chemiewaffenübereinkommens ein.

Ziel 8: Unterstützungsmassnahmen für Schweizer Staatsangehörige im Ausland

- ▶ Die Weiterentwicklungen des 2016 eingeführten Online-Schalters für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer erlauben, dass der Daten- und Informationsaustausch zunehmend digital erfolgt.

Ziel 9: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

- ▶ Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Weltausstellung Dubai 2020 (Vereinigte Arabische Emirate).*
- ▶ Die Schweiz präsentiert sich an der Weltausstellung Astana 2017 (Kasachstan) als innovatives und verantwortungsbewusstes Land im Energiebereich und bietet schweizerischen Unternehmen und Institutionen eine attraktive Plattform für einen Auftritt mit regionaler Ausstrahlung.

Departement des Innern

Ziel 1: Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit

- ▶ Die Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) betreffend Referenzpreissystem für patentabgelaufene Arzneimittel ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zu den Änderungen der Verordnungen im Nachgang zur ordentlichen Revision des Heilmittelgesetzes (Heilmittelverordnungspaket IV) ist eröffnet.*
- ▶ Der Bericht zu den theoretischen Grundlagen der Stiftung «Sexuelle Gesundheit Schweiz (SGS)» zur sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (in Erfüllung des Po. Regazzi 14.4115) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat setzt die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes und der entsprechenden Verordnungen, welche die Rahmenbedingungen für die Durchführung einer Präimplantationsdiagnostik definieren, auf den 1. September 2017 in Kraft.
- ▶ Die Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen des Bundesgesetzes über den Schutz vor Gefährdung durch nichtionisierende Strahlung und Schall (NISSG) ist eröffnet.
- ▶ Die Änderungen der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV), mit welchen die Regelungen zur Preisfestsetzung von Arzneimitteln (nach dem Urteil des Bundesgerichts vom 14. Dezember 2015) und zur Vergütung von Arzneimitteln im Einzelfall angepasst werden, sind verabschiedet.
- ▶ Die Revision der Chemikalienverordnung, welche die internationale Entwicklung – insbesondere in der EU – bei der Regulierung von Chemikalien einbezieht, sowie die Revision der Verordnungen im Strahlenschutz, welche an die neuen internationalen Richtlinien und an den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik angepasst werden, sind verabschiedet.
- ▶ Die Schweizer Ernährungsstrategie ist verabschiedet und der Massnahmenplan ist in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren erarbeitet.

Ziel 2: Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung betreffend Governance in der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat über das Inkrafttreten des geänderten Transplantationsgesetzes und dessen Verordnungen entschieden.*

- ▶ Der Bericht betreffend die Steuerung des ambulanten Bereichs (in Erfüllung des Po. SGK-S 16.3000 und der Mo. SGK-N 16.3001) ist verabschiedet. Die Ergebnisse des Berichts fliessen in die Vernehmlassungsvorlage zur Teilrevision des KVG betreffend die Steuerung des ambulanten Bereiches ein, welche im zweiten Quartal 2017 eröffnet wird.*
- ▶ Die Änderung der Verordnung über die Anpassung von Tarifstrukturen in der Krankenversicherung ist verabschiedet.
- ▶ Auf der Basis eines Expertenberichtes wird der Bundesrat entscheiden, welche weiteren Massnahmen von Tarifpartnern und/oder Behörden zur Kostendämpfung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) vorzusehen sind.
- ▶ Die Änderungen der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) sowie der Verordnung über die Kostenermittlung und die Leistungserfassung durch Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime in der Krankenversicherung (VKL) betreffend der Weiterentwicklung der Spitalplanungskriterien, der Ergänzung der Tarifgestaltungsgrundsätze sowie der Ermittlung der Anlagenutzungskosten sind verabschiedet.
- ▶ Der Bericht zum System der Wahlfranchisen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (in Erfüllung des Po. 13.3250 Schmid-Federer) ist verabschiedet.*

Ziel 3: Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

- ▶ Der Bericht zu «Soziale Auswirkungen der festen Altersgrenze für Ausbildungszulagen» und «Ein Kind, eine Zulage» und «Familienzulagen für alle, auch für arbeitslose Mütter, die eine Mutterschaftsentschädigung beziehen» (in Erfüllung der Po. SGK-N 12.3973 und Maury Pasquier 14.3797 und der Mo. Seydoux-Christe 13.3650) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG) in Erfüllung der Motion Seydoux-Christe 13.3650 ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur bundesgesetzlichen Regulierung im Film- und Computerspielbereich ist eröffnet.*
- ▶ Der dritte Familienbericht zur Situation der Familien in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Meier-Schatz 12.3144) sowie die Berichte «Die Jugendsession stärken» (in Erfüllung des Po. Reynard 13.4304), «Unterbrüche der Erwerbstätigkeit vor Geburtstermin» (in Erfüllung des Po. Maury Pasquier 15.3793) und «Entwicklung der Zahl der Jugendlichen mit IV-Anlehre oder praktischer Ausbildung» (in Erfüllung des Po. Bulliard-Marbach 13.3626) sind verabschiedet.*
- ▶ Die vierte Evaluation des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung liegt vor.*

Ziel 4: Konsolidierung und Sicherung der Sozialwerke

- ▶ Vorbereitung der Umsetzung der Reform «Altersvorsorge 2020».*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ist verabschiedet.*

- ▶ Die Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht in der ersten und zweiten Säule ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Weiterentwicklung der Invalidenversicherung ist verabschiedet.*
- ▶ Die Berichte zu «Sozialhilfe: Transparenz schaffen in Bezug auf Kostenentwicklung sowie Beauftragung privater Firmen» und «Transparenz statt Polemik bei der Sozialhilfe» (in Erfüllung der Po. Bruderer Wyss 14.3915 und Sozialdemokratische Fraktion 14.3892) sowie der Bericht zu den rechtlichen Grundlagen der IV-Anlehre und praktischen Ausbildung (in Erfüllung des Po. Lohr 13.3615) sind verabschiedet.*

Ziel 5: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und kulturelle Beziehungen

- ▶ Die Botschaft zum Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zur Teilnahme am «Creative Europe»-Programm 2014–2020 ist nach Möglichkeit verabschiedet.*
- ▶ In Zusammenarbeit mit den Kantonen wird 2017 eine Strategie für einen intensivierte Sprachaustausch in der obligatorischen Schule innerhalb der Schweiz ausgearbeitet.
- ▶ Die Förderung des Italienischen ausserhalb des italienischen Sprachgebiets soll gestärkt werden. 2017 werden die Förderbereiche und Förderkriterien festgelegt und es erfolgt eine erste Ausschreibung von Projektbeiträgen.
- ▶ Der Bericht über das Potenzial der Schweizer Game-Industrie für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 15.3114) ist verabschiedet.*

Ziel 6: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt

- ▶ Das Dienstleistungszentrum für Kantone und Gemeinden zur Unterstützung der Durchführung von Lohngleichheitskontrollen im öffentlichen Beschaffungs- und/oder Subventionswesen nimmt seine Arbeit auf.
- ▶ Die Resultate der vertieften Analyse der Schlichtungs- und Gerichtsfälle nach Gleichstellungsgesetz aus den Jahren 2004–2015 liegen im ersten Halbjahr 2017 vor.
- ▶ Der Bericht «Bekämpfung von Stalking in der Schweiz verbessern» (in Erfüllung des Po. Feri 14.4204) ist verabschiedet.*

Ziel 7: Sicherstellung und Weiterentwicklung der Statistikproduktion

- ▶ Der Bericht «Bürokratieabbau. Weniger Aufwand bei der Erfassung der Statistik der sozialmedizinischen Institutionen» (in Erfüllung des Po. Cassis 15.3463) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Evaluationsbericht über die Volkszählung 2010 in Erfüllung des Bundesgesetzes über die eidgenössische Volkszählung ist verabschiedet.*

- ▶ Im Rahmen des Ausbaus der Datengrundlagen (Gesundheit 2020) werden bis Ende Dezember 2017 die Ergebnisse aus dem Bereich Patientendaten Spital ambulant bereitgestellt und die Ersterhebung im Bereich Arztpraxen und ambulante Zentren abgeschlossen (Projekt MARS).

Ziel 8: Verbesserung des Zugangs zu Behördendaten

- ▶ Die Konzeption für den Online-Zugang zum Archivgut des Bundes und für die zugehörige Digitalisierungsinfrastruktur ist abgeschlossen.
- ▶ Mindestens fünf zusätzliche Behörden von zwei föderalen Ebenen haben ihre Daten auf dem OGD-Portal opendata.swiss veröffentlicht.

Ziel 9: Optimierung der Rahmenbedingungen für meteorologische und klimatologische Dienstleistungen

- ▶ Der Bericht «Notwendige Vereinheitlichungen bei den Anbietern von Unwetterwarnungen» (in Erfüllung des Po. Vogler 14.3694) ist verabschiedet.*
- ▶ Die revidierte Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie ist verabschiedet.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderungen des Ausländergesetzes (AuG) (Verfahrensnormen und Informationssysteme) verabschiedet.*
- ▶ Die Umsetzungsarbeiten für die Beschleunigung der Asylverfahren (Erarbeitung Verordnungen sowie Sachplan Asyl) sind im Gang.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum Abschluss des Bundesprogramms Zwangsheiraten zur Kenntnis genommen.
- ▶ Die Massnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise mit dem Ziel, von Mitte 2015 bis Mitte 2018 verteilt 3000 Personen aufzunehmen, werden plangemäss umgesetzt. Der Entscheid des Bundesrates für die allfällige Aufnahme und Integration weiterer Flüchtlingsgruppen nach Ausschöpfung des bewilligten Kontingentes liegt vor.
- ▶ Die Struktur der «Internationalen Migrationszusammenarbeit (IMZ)» ist evaluiert und bei Bedarf angepasst.
- ▶ Die Schweiz hat sich auf europäischer Ebene für eine konsequente Durchsetzung von Schengen/Dublin und für einen solidarischen Schlüssel zur innereuropäischen Verteilung von schutzbedürftigen Personen eingesetzt.
- ▶ Massnahmen zur Stärkung der Aufsicht des Bundes über den kantonalen Vollzug im Hinblick auf die Verringerung der Vollzugsunterschiede sowie zur Vorbeugung allfälliger Missbräuche beim Freizügigkeitsabkommens (FZA) sind eingeleitet.

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- ▶ Der Bericht «Prüfung der Aufbewahrungspflichten für DNA-Profile» (in Erfüllung des Po. Kommission für Rechtsfragen NR 16.3003) ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht «Besserer strafrechtlicher Schutz der Staatsangestellten vor Gewalt» (in Erfüllung des Po. Kommission für Rechtsfragen NR 13.4011) ist verabschiedet.
- ▶ Die Vernehmlassung zu einem Entwurf der Gesetzesgrundlagen betreffend eine Reglementierung der Vorläuferstoffe zu Explosivstoffen ist eröffnet.
- ▶ Die Vernehmlassung zu einer Änderung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) (Terrorismusbekämpfung) ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung über die Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens vom 16. Mai 2005 des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit Zusatzprotokoll vom 22. Oktober 2015 und die Überprüfung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität ist eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision der Strafprozessordnung ist eröffnet.

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

- ▶ Die Abkommen betreffend die Verstärkung und Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten (Prüm) und den Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf Eurodac sind unterzeichnet.
- ▶ Die Regierungsvereinbarung mit Kenia ist vom Bundesrat genehmigt.
- ▶ Die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung der Übereinkommen Nr. 94 und Nr. 100 des Europarates über die grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zum Übereinkommen des Europarates über einen integralen Sicherheits-, Gefahrenabwehr- und Dienstleistungsansatz für Fussballspiele und andere Sportveranstaltungen (SEV 218) ist eröffnet.
- ▶ Die der Schweiz notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Revision des Zivilgesetzbuches (Erbrecht) verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Evaluation verschiedener Fragen rund um das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht und die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Zusatzbotschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts (Verbesserung des Arbeitnehmerschutzes bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz) ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Der Bericht mit einer Analyse der rechtlichen und praktischen Probleme der alternierenden Obhut und Evaluation von Lösungsvorschlägen (in Erfüllung des Po. Kommission für Rechtsfragen NR 15.3003) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über Verbesserungen der zivilstandlichen Behandlung von Fehlgeburten (in Erfüllung des Po. Streiff-Feller 14.4183) ist verabschiedet.*

Ziel 5: Staatliche Institutionen

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision der Zivilprozessordnung ist eröffnet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer gesetzlichen Grundlage für die Errichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIRG) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zu einem Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über den Erlass und die Änderung von Erlassen über den Datenschutz verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Modernisierung des Urheberrechts verabschiedet.*

Ziel 7: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GIG) verabschiedet.*

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Weiterentwicklung der Armee (WEA) sowie Projekte/Vorhaben Bereich Verteidigung

- ▶ Die für den Start der Umsetzung der WEA notwendigen Verordnungen sind verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat über den Programmteil des Sachplans Militär 2017 (SPM 2017) und die Hauptstandorte der Armee entschieden.*
- ▶ Das Bereitschaftssystem für die Miliz mit hoher Bereitschaft ist vorbereitet; der Start der Kadernschulen gemäss neuem Ausbildungsmodell ist sichergestellt; die neuen Verwaltungsstrukturen sind bereit.
- ▶ Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastruktur der Armee (FITANIA): Der Baustart des Rechenzentrums CAMPUS ist erfolgt. Im Bereich der Telekommunikation der Armee sind Truppentauglichkeitsversuche für den taktischen Funk der neuen Generation erfolgt. Der Abschluss der Etappe 1 der Härtung des Führungsnetzes Schweiz Backbone ist erfolgt.
- ▶ Die Ausdehnung der Bereitschaftszeit des Luftpolizeidienstes auf 08:00–18:00 täglich, inklusive Wochenenden und Feiertage, ist sichergestellt.
- ▶ Prozesse und Methodik zur Soll/Ist-Überprüfung des Leistungsprofils der Armee sind definiert und umsetzungsbereit.

Ziel 2: Beschaffungsmanagement VBS und Immobilien

- ▶ Die Umsetzung der revidierten Verordnung über die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens der Bundesverwaltung (Org-VöB) ist gewährleistet. Die Verbesserung des Beschaffungscontrollings im VBS ist sichergestellt. Die Informatiksysteme sind bis Ende 2017 entsprechend eingestellt.
- ▶ Die Umsetzungsplanung des Stationierungskonzepts der Armee und dadurch der Reduktion des Immobilienkern- bzw. Dispositionsbestandes liegt vor.

Ziel 3: Sicherheitspolitik / Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

- ▶ Das Detailkonzept der Sicherheitsverbundsübung 2019 (SVU 19) ist mit den Partnern von Bund, Kantonen und Dritten konsolidiert und von der Politischen Plattform SVS verabschiedet.

Ziel 4: Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

- ▶ Die Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) und die Botschaft zu Händen des Parlaments sind verabschiedet.*
- ▶ Die Revision der Verordnung über die Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen ist verabschiedet.*
- ▶ Die revidierte Alarmierungsverordnung ist verabschiedet.

- ▶ Die Gesamtnotfallübung 2017 (GNU 17) ist durchgeführt und ausgewertet.
- ▶ Der Technologiewechsel für die nationalen Komponenten des Sicherheitssystems Polycom 2030 ist in Umsetzung und die Planung des Ersatzes von Basisstationen ist erstellt.
- ▶ Über das weitere Vorgehen zum Sicheren Datenverbundnetz (SDVN) mit Polydata ist entschieden.
- ▶ Der Bericht zur Zukunft der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme für den Bevölkerungsschutz (in Erfüllung des Po. Glanzmann 15.3759) ist verabschiedet.*

Ziel 5: Nachrichtendienstgesetz

- ▶ Die notwendigen Arbeiten sind soweit abgeschlossen, dass das Nachrichtendienstgesetz und die entsprechenden Verordnungen per 1. September 2017 in Kraft gesetzt werden können.

Ziel 6: Sportförderung und Anpassung von Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

- ▶ Der Aktionsplan mit Leistungs- und Breitensportkonzept sowie Immobilienkonzept zur Umsetzung der Sportförderung des Bundes ist gemäss den Beschlüssen des Bundesrates umgesetzt.
- ▶ Der Botschaftsentwurf zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats über die Manipulation von Sportwettbewerben liegt, vorausgesetzt die vorgängige Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Geldspiele durch das Parlament, vor.

Ziel 7: Landesvermessung

- ▶ Das topografische Landschaftsmodell (TLM) und die digitalen kartografischen Modelle (DKM) sind aufgebaut.
- ▶ Die Weiterentwicklung der Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI) und des dazugehörigen Geoportals (map.geo.admin.ch) ist sichergestellt.

Finanzdepartement

Ziel 1: Der Bund hält seinen Haushalt im Gleichgewicht und garantiert effiziente staatliche Leistungen

- ▶ Der Bundesrat hat – mit Blick auf die strukturellen Defizite im Finanzplan 2018–2020 – Massnahmen verabschiedet, welche die Einhaltung der Schuldenbremse gewährleisten sollen. Im Anschluss daran hat er das Vorgehen für strukturelle Reformen diskutiert.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zu DaziT (Gesamterneuerung und Modernisierung der Geschäftsprozesse und der IKT der Eidg. Zollverwaltung) verabschiedet.*
- ▶ Der Wirksamkeitsbericht 2016–2019 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen ist bereit für die verwaltungsinterne Konsultation.
- ▶ Der Bericht über die Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen (in Erfüllung der Mo. FK-N 13.3363) ist bereit für die verwaltungsinterne Konsultation.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Evaluation von (Gross-)Projekten» (in Erfüllung des Po. GPK-S 14.4012) gutgeheissen.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Evaluation von Hermes 5» (in Erfüllung des Po. GPK-S 14.4011) gutgeheissen.*
- ▶ Anpassung des Zahlungsverkehrs des Bundes an einheitliche europäische Standards: Das Konzept des Teilprojekts «Formate ISO 20022» liegt vor.

Ziel 2: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

- ▶ Der Bundesrat hat – unter der Voraussetzung, dass die Unternehmenssteuerreform III in der Referendumsabstimmung angenommen worden ist – eine neue Verordnung zur USR III verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Ergebnis der Vernehmlassung zur Revision des Versicherungsvertragsgesetzes und – sofern die Vorlage breit unterstützt wird – die Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Versicherungsaufsichtsgesetzes durchgeführt und – sofern die Vorlage breit unterstützt wird – die Botschaft verabschiedet.*
- ▶ In Sachen Ehepaarbesteuerung hat der Bundesrat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) verabschiedet.*
- ▶ Nach der Volksabstimmung zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» (oder zu einem entsprechenden Gegenentwurf) hat der Bundesrat frühestens Ende 2017 – auf Basis des Berichts einer Expertenkommission – über das weitere Vorgehen betreffend Verrechnungssteuerreform entschieden.*
- ▶ Unter der Voraussetzung, dass mit den USA ein entsprechendes Abkommen abgeschlossen werden kann, hat der Bundesrat die Vernehmlassung durchgeführt und die Botschaft zur Umsetzung eines FATCA-Abkommens nach dem Modell 1 mit den USA verabschiedet.*

- ▶ Der Bundesrat hat eine Sammelbotschaft bzw. Botschaften zu voraussichtlich einem Dutzend Länder verabschiedet zur bilateralen Aktivierung des AIA-Standards auf Grundlage des MCAA (Multilateral Competent Authority Agreement).*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zur Evaluation der Schweizer Bestimmungen für systemrelevante Banken («Too big to fail», TBTF) verabschiedet und allfällige Folgeaufträge erteilt, um das TBTF-Risiko weiter zu senken.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung durchgeführt und das weitere Vorgehen festgelegt zur Reform des Schweizer Einlagensicherungssystems.*
- ▶ Die Äquivalenzverfahren mit der EU betreffend MiFIR (Markets in Financial Instruments Regulation) und EMIR (European Market Infrastructure Regulation) sind begonnen, dasjenige zu AIFMD (Alternative Investment Fund Managers Directive) ist abgeschlossen.
- ▶ Die Schweiz hat an der Erarbeitung des «BEPS-Umsetzungsrahmenwerks» der OECD zur Beurteilung der Umsetzung der BEPS-Massnahmen aktiv mitgearbeitet und die nötigen Prozesse sind lanciert.
- ▶ Auf Basis des 4. Evaluationsberichts der GAFI hat der Bundesrat die Ergebnisse des Berichts, die Empfehlungen und den Handlungsbedarf analysiert und über entsprechende Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung entschieden.*
- ▶ Die Koordinationsgruppe zur Geldwäschereibekämpfung (und drei ihrer Arbeitsgruppen) hat Risikoanalysen erstellt und den Bundesrat darüber informiert.
- ▶ Der Bundesrat hat mindestens drei neue Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) bzw. drei Änderungsprotokolle zu bestehenden DBA unterzeichnet.
- ▶ Die Verständigungsverfahren nach den Doppelbesteuerungsabkommen werden unter Beachtung der Vorgaben des dafür zuständigen internationalen Gremiums geführt. Die nötigen Prozesse sind definiert und implementiert.
- ▶ Das Konzept zur Promotion des Finanzplatzes wird umgesetzt. Bis Ende 2017 haben 1–2 konkrete Promotionsprojekte im Ausland stattgefunden.

Ziel 3: Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstands beitragen kann

- ▶ Der Bundesrat hat eine Bewilligungsform für neue Finanztechnologien erarbeitet, von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis genommen und die entsprechende Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Wirksamkeitsüberprüfung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*

Ziel 4: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

- ▶ Der Bundesrat hat über die Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) des Internationalen Währungsfonds um weitere fünf Jahre bis 2022 entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat Vereinbarungen mit ausgewählten Partnerländern zu den Marktzugangsbedingungen im Auslandgeschäft bzw. zur Aufsichtszusammenarbeit abgeschlossen. Die bestehenden Memoranda (mit Österreich und Grossbritannien) zur Aufsichtszusammenarbeit werden im AIA-Kontext weitergeführt.*
- ▶ Auf Basis des Berichts des Global Forum (on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes) zur Phase 2 des Peer Review-Prozesses hat der Bundesrat die Konsequenzen und den Handlungsbedarf analysiert und über entsprechende Massnahmen entschieden.*
- ▶ Der Austausch mit den EU-Institutionen betreffend Regulierung und Marktzutritt im Bereich Finanzdienstleistungen wurde intensiviert: Ein Regulierungsdialo g und technische Treffen haben stattgefunden.
- ▶ Die Schweiz hat an den Treffen der Finanzminister und Notenbanken der G20 unter dem Vorsitz Deutschlands teilgenommen. Sie hat aktiv auf eine erneute Teilnahme 2018 hingearbeitet.

Ziel 5: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotential wird besser ausgeschöpft

- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) und des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) zur Abziehbarkeit der Kinderdrittbetreuungskosten eröffnet.*

Ziel 6: Die Schweiz sorgt für bedürfnisgerechte, zuverlässige und solid finanzierte Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen

- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung durchgeführt und gegebenenfalls die Botschaft zur Einführung einer elektronischen Vignette (E-Vignette) verabschiedet.*

Ziel 7: Die Schweiz stärkt den Zusammenhalt der Regionen und fördert die Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen

- ▶ Die Sprachkenntnisse der Mitarbeitenden in der Bundesverwaltung sind evaluiert und die Datenerfassung ist abgeschlossen.
- ▶ Die Evaluation der Mehrsprachigkeitspolitik ist strukturiert, die Prioritäten sind definiert und die Voranalyse ist abgeschlossen.

Ziel 8: Weiterentwicklung der IKT des Bundes

- ▶ Der Bundesrat hat den Masterplan 2017 zur Umsetzung der IKT-Strategie des Bundes 2016–2019 genehmigt.
- ▶ Der Bundesrat hat die IKT-Sourcing-Strategie des Bundes verabschiedet.
- ▶ Betreffend Programm APS2020 (nächste Generation der Arbeitsplatzsysteme) ist die Konzeption für die neuen Arbeitsplatzsysteme (APS) und für die Harmonisierung der Produktionsplattformen abgeschlossen und der Bundesrat hat die Freigabe der Etappe 2 beschlossen. Der Start des Rollouts der neuen APS ist im 4. Quartal 2017 erfolgt.
- ▶ Das Programm UCC (Unified Communication and Collaboration) ist, nach erfolgter Einführung im VBS und in der EZV, abgeschlossen.
- ▶ Künftige Supportprozessplattformen der Bundesverwaltung: Die Strategie «Enterprise Resource Planning-IKT 2023» liegt im Entwurf vor.
- ▶ Ablösung verschiedener Rechenzentrumsstandorte der zivilen Bundesverwaltung und Migration der Informatikinfrastruktur und -systeme in das Rechenzentrum «Campus» in Frauenfeld: Für die Migration liegt die Kostenschätzung vor, die Umsetzungsplanung ist vom Projektausschuss genehmigt und der Verpflichtungskredit wurde dem Parlament unterbreitet.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgerschaftsorganisationen eröffnet.*
- ▶ Der Bericht über den Staat als Konkurrent der Wirtschaft (in Erfüllung des Po. Schilliger 15.3880) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Einführung einer Meldepflicht anstelle einer Bewilligungspflicht für das Inverkehrbringen von Lebensmitteln nach dem Cassis-de-Dijon-Prinzip verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Umsetzung des WTO-Beschlusses zum Exportwettbewerb ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)» ist verabschiedet.*
- ▶ Das Verordnungspaket zur Umsetzung der Agrarpolitik 2018–2021 ist verabschiedet.
- ▶ Die Berichte über Massnahmen gegen eine Deindustrialisierung in der Lebensmittelbranche (in Erfüllung des Po. Baumann 15.3928), über die administrative Vereinfachung in der Landwirtschaft (in Erfüllung des Po. Keller-Sutter 14.4046) und über Perspektiven im Milchmarkt (in Erfüllung des Po. WAK-N 15.3380) sind verabschiedet.*

Ziel 2: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation und das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft

- ▶ Die Botschaft zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018 bis 2020 ist verabschiedet, sofern keine Assoziierung an «Erasmus+» im bereits 2013 genehmigten Budgetrahmen möglich ist.*
- ▶ Das weitere Vorgehen betreffend der Schweizer Beteiligung an den Rahmenprogrammen der EU in den Bereichen Forschung und Innovation sowie der internationalen Vernetzung der Schweizer Forschung und Innovation bis 2020 ist entschieden.*
- ▶ Die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz an der neuen Weltspitzenforschungsorganisation im Bereich der Astroteilchenphysik, Cherenkov Telescope Array (CTA), ist verabschiedet.*
- ▶ Der Entscheid zu den organisatorischen Massnahmen betreffend Aufbauphase «Innosuisse», den Vollzugserlassen und den strategischen Zielen 2018–2020 ist getroffen.*
- ▶ Die Grundlagen betreffend Eigner-Politik für die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung («Innosuisse») sind entwickelt.

- ▶ Der Bericht «Gesamtschau der Innovationspolitik» (in Erfüllung des Po. Derder 13.3073) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Statuten des Verbundes der Akademien der Wissenschaften Schweiz (Abschluss Reorganisation bzw. Zusammenführung der vier Akademien in einem Verbund) sind genehmigt.
- ▶ Der Entscheid über einen allfälligen Beitrag an ein Kompetenzzentrum/-netzwerk «Methodenförderung 3R» (Tierversuche vermindern, verbessern, vermeiden – reduce, refine, replace) ist getroffen.
- ▶ Die Prioritätenordnung für die Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge nach dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz in der Periode 2017–2020 ist in Kraft gesetzt.
- ▶ Die erstmalig gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz berechneten Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen sind durch den Departementsvorsteher verfügt.
- ▶ Das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Bildungsraum Schweiz ist in Kraft gesetzt.
- ▶ Die Änderungen zum Berufsbildungsgesetz und zur Berufsbildungsverordnung betreffend die Finanzierung vorbereitender Kurse auf eidgenössische Prüfungen sind verabschiedet.*
- ▶ Die Revision der Verordnung des WBF über die Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (SR 412.101.61) ist verabschiedet.
- ▶ Die Revision der Berufsmaturitätsverordnung (SR 412.103.1) ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht über verlässliche Entscheidungsgrundlage für die Arzneimitteltherapie (in Erfüllung des Po. SGK-N 14.4007) ist verabschiedet.*

Ziel 3: Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstands beitragen kann

- ▶ Der Bericht «Automatisierung. Risiken und Chancen» (in Erfüllung des Po. Reynard 15.3854) ist verabschiedet.*

Ziel 4: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

- ▶ Die Freihandelspolitik wurde durch den Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen und die Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen gestärkt.*
- ▶ Die Verhandlungen zum plurilateralen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA) wurden abgeschlossen, das Abkommen allenfalls unterzeichnet und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für die 11. WTO-Ministerkonferenz verabschiedet.*

- ▶ Die Verhandlungen über ein mögliches Kooperationsabkommen im Wettbewerbsbereich mit Deutschland und gegebenenfalls weiteren Nachbarstaaten wurden aufgenommen.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Inkraftsetzung der WTO-Verpflichtungsliste LIX Schweiz-Liechtenstein zur Umsetzung der Erweiterung des plurilateralen Abkommens über den Handel mit Informationstechnologien (ITA) verabschiedet.

Ziel 5: Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU

- ▶ Verschiedene Massnahmen wurden ergriffen zur Gewährleistung des guten Funktionierens des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU von 1972, des Abkommens über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen von 1999, des Abkommens über den Handel mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen von 2004 (revidiertes Protokoll Nr. 2 des Freihandelsabkommens von 1972) sowie des Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen von 1999 und des Wettbewerbskooperationsabkommens von 2013.*
- ▶ Der Bundesrat hat das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA) von 1999 (Medizinprodukte, Schutzausrüstungen, Seilbahnen, Gasgeräte) aktualisiert und neue Verordnungen über persönliche Schutzausrüstungen und Gasgeräte erarbeitet.
- ▶ Der Dialog mit dem Vereinigten Königreich zum Aufrechterhalten der Wirtschaftsbeziehungen im Lichte der Entwicklungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wurde intensiviert.*
- ▶ Der Grundsatzentscheid zum Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU (EB II) ist getroffen.*

Ziel 6: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

- ▶ Das erneuerte Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas ist in Kraft gesetzt und die entsprechende Verordnung verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat Kernbeiträge an multilaterale Organisationen für die Jahre 2017–2020 beschlossen, namentlich an das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF) und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sowie an die Agentur für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA). Er hat auch über die Wiederauffüllung der konzessionellen Fenster der Weltbankgruppe (WBG), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) und der Asiatischen Entwicklungsbank (AsDB) befunden sowie über Beiträge an die multilateralen Entschuldungsinitiativen der WBG und der AfDB.*
- ▶ Die Schweiz, welche in ihrer Stimmrechtsgruppe die Rolle des Alternate Executive Director innehat, hat sich aktiv in die Tätigkeiten der neuen Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) eingebracht.
- ▶ Der Bericht über Massnahmen und Aktionen zur Bekämpfung der Kinderarbeit auf internationaler Ebene (in Erfüllung des Po. WBK-N 15.3010) ist verabschiedet.*

Ziel 7: Überprüfung der Wohnungspolitik an veränderte Rahmenbedingungen

- ▶ Der rechtliche und institutionelle Handlungsbedarf aufgrund veränderter Marktverhältnisse und des wohnungspolitischen Dialogs ist geklärt und allfällige Massnahmen sind eingeleitet.

Ziel 8: Optimierung des Vollzugs des Zivildienstes

- ▶ Die Revision der Zivildienstverordnung ist durch den Bundesrat gutgeheissen und wird per 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Die Schweiz verfügt über eine leistungsfähige und effiziente Verkehrsinfrastruktur

- ▶ Die Vernehmlassung zum STEP Schiene 2030 ist eröffnet.*
- ▶ Die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Europäischen Eisenbahnagentur ist nach Möglichkeit verabschiedet.*
- ▶ Der Massnahmenteil Infrastruktur Strasse des Sachplan Verkehrs ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Prüfung der Durchführung von Pilotversuchen zu Mobility Pricing und zu den rechtlichen Grundlagen ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Verkehrsverlagerung 2017 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Berichte «Internationaler Personenverkehr (Bahn/Bus)» (in Erfüllung der Po. KVF-N 14.3673 und Häsler 15.3707), «Evaluation und Weiterentwicklungsmöglichkeiten von SBB Cargo» (in Erfüllung des Po. KVF-S 15.3496), «Vereinfachung der Zollverfahren und Erleichterung der grenzüberschreitenden Verkehrsabwicklung» (in Erfüllung des Po. KVF-N 13.4014), «Schienengüterverkehr auf der SBB-Linie Yverdon-Payerne» (in Erfüllung des Po. Grin 14.3769) und «Investitionen in die Eisenbahnstrecke Lausanne-Bern auf die Umfahrung des kritischen Abschnitts Flammatt-Schmitten konzentrieren?» (in Erfüllung des Po. Nordmann 15.3424) sind verabschiedet.*
- ▶ Das Netznutzungskonzept zur Trassenverteilung auf die verschiedenen Verkehrsarten im Schienenverkehr ist verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft zur Eidg. Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)» ist verabschiedet.*
- ▶ Die Berichte zur Evaluation von Via sicura (in Erfüllung des Po. KVF-S 16.3267), «Voraussetzungen für ein Schnellladernetz für Elektroautos auf Nationalstrassen» (in Erfüllung des Po. KVF-N 14.3997), «Digitale Brillen. Gefahren im Strassenverkehr» (in Erfüllung des Po. Hefti 14.4077) und «Evaluation von Massnahmen zur Minderung der Risiken beim Transport von Gefahrgut, insbesondere von Chlorgas» (in Erfüllung des Po. KVF-S 15.3497) sind verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassungsunterlagen zur Mittelfreigabe für die Agglomerationsprogramme ab 2019 sind erarbeitet.
- ▶ Das Leitbild Mobilität 2040 ist verabschiedet.
- ▶ Der Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) Objektblatt für den Flughafen Zürich ist verabschiedet.*
- ▶ Der Projektplan zur umfassenden Neugestaltung des Luftraumes und der Infrastruktur ist vom GS UVEK genehmigt.

Ziel 2: Die Politik bezüglich Radio und Fernsehen, Postwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist mit Blick auf die Bedürfnisse der Kunden sowie des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Schweiz erneuert und trägt zur digitalen Entfaltung der Schweiz bei

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Fernmeldegesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Der nationale Frequenzzuweisungsplan (NaFZ) ist genehmigt.*
- ▶ Der Bundesrat hat Eckwerte für eine Datenpolitik der Schweiz festgelegt.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Eckwerte für die Ausgestaltung der lokal-regionalen Rundfunklandschaft festgelegt.*
- ▶ Die aktuelle SRG-Konzession ist befristet verlängert und der Rahmen für ihre Erneuerung festgelegt.*
- ▶ Der Bundesrat hat die gestützt auf die Evaluation der Postgesetzgebung notwendigen Revisionen eingeleitet.

Ziel 3: Die Schweiz pflegt eine optimale Raum- und Bodennutzung und sorgt für einen wirksamen Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz

- ▶ Die Botschaft zur 2. Etappe Revision Raumplanungsgesetz ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zum Aktionsplan der «Strategie Biodiversität Schweiz» ist eröffnet.*
- ▶ Die Berichte «Multifunktionale Nutzung von Nationalstrassen» (in Erfüllung des Po. Rechsteiner 08.3017), «Innenentwicklung» (in Erfüllung des Po. von Graffenried 14.3806), «Nationaler Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung» (in Erfüllung des Po. Barazzone 15.3840), «Kapazitätsplanung bei Kehrrechtverbrennungsanlagen mit Abwärmenutzung» (in Erfüllung des Po. Killer-Knecht 14.3882), «Differenzierte Ausscheidung und Nutzung von Gewässerräumen» (in Erfüllung des Po. Vogler 12.3142), «Mikroverunreinigungen im Wasser. Verstärkung der Massnahmen an der Quelle» (in Erfüllung des Po. Hêche 12.3090), «Herdenschutz» (in Erfüllung der Mo. Hassler 10.3242) und «Berufsfischerei» (in Erfüllung des Po. UREK-N 15.3795) sind verabschiedet.*
- ▶ Die Bauzonenstatistik Schweiz 2017 ist publiziert.

Ziel 4: Die Schweiz trägt zur Eindämmung des Klimawandels und dessen Folgen bei

- ▶ Die Botschaft zur Klimapolitik der Schweiz für die Zeit nach 2020 ist verabschiedet (Revision des CO₂-Gesetzes).*
- ▶ Die Botschaft zur Genehmigung des bilateralen Abkommens mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme ist nach Möglichkeit verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Beiträge der Schweiz an die internationale Klimafinanzierung nach 2020» (in Erfüllung des Po. APK-N 15.3798) ist verabschiedet.*

Ziel 5: Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist gewährleistet

- ▶ Sofern das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 in einer allfälligen Volksabstimmung gutgeheissen wurde, hat der Bundesrat über dessen Inkraftsetzung entschieden und die nötigen Revisionen auf Verordnungsstufe verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU ist nach Möglichkeit verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Wasserrechtsgesetzes ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetzes ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur zweiten Etappe des Sachplanverfahrens geologische Tiefenlager ist eröffnet.*
- ▶ Die Berichte «Auswirkungen der Rückerstattung der Zuschläge auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze (Art. 15b^{bis} EnG)» (in Erfüllung des Po. UREK-N 15.4085) und «Ursachen des leicht rückläufigen Stromverbrauchs in den letzten Jahren» (in Erfüllung des Po. Nordmann 15.3583) sind verabschiedet.*

Ziel 6: Beschleunigung Plangenehmigungsverfahren

- ▶ Die vom UVEK realisierbaren Massnahmen zur Beschleunigung der Plangenehmigungsverfahren sind umgesetzt.